

KLASSENPOLITIK IN ZEITEN VON AKADEMISIERUNG UND NEUER UNSICHERHEIT



LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

KLASSENPOLITIK IN ZEITEN VON AKADEMISIERUNG UND NEUER UNSICHERHEIT

PLÄDOYER FÜR EINE ZEITGEMÄSSE BETRACHTUNG VON AKADEMIKER*INNEN

NICOLE GOHLKE

Die wachsende Akademisierung der Lohnarbeit hat nur sehr bedingt zu einer Aufwertung von neuen akademischen Berufen geführt. Eher ist ein akademisches Proletariat entstanden. Während sich Teile der Arbeiterklasse durch die Ausweitung von Hochschulbildung akademisiert haben, hat sich die soziale Lage von Akademiker*innen der des nicht-akademischen Teils der Lohnabhängigen angeglichen. Statt also immer wieder die falsche Gegenüberstellung von Akademiker*innen und Arbeiter*innen zu reproduzieren, öffnet die veränderte Zusammensetzung der Klasse der Lohnabhängigen die Chance einer verbindenden Klassenpolitik.

EIN NEUES AKADEMISCHES PROLETARIAT

Die Arbeitswelt unterliegt im Kapitalismus einem permanenten Wandel – und gemeinsam mit ihr auch die Klasse der Lohnabhängigen. Trotz zyklisch wiederkehrender Abgesänge auf die Arbeiterklasse gibt es in Deutschland heute mit über 40 Millionen Arbeitnehmer*innen so viele lohnabhängig Beschäftigte wie nie zuvor (Statistisches Bundesamt 2019). Jedoch hat sich im Vergleich zu den Nachkriegsjahrzehnten das Gesicht der Arbeiterklasse grundlegend verändert. Der wirtschaftliche und politische ›Strukturbruch‹ im Laufe der 1970er Jahre stieß Veränderungsprozesse an, die sich bis in die Gegenwart beschleunigten und die Arbeitswelt substanziell veränderten. Bestand bis dahin eine grundlegende Differenz zwischen klassischen Arbeiter*innen, die ausführende ›Handarbeit‹ erledigten, und Angestellten, die zumeist selbstbestimmte und anweisende ›Kopfarbeit‹ leisteten, sehen die Spaltungslinien innerhalb der lohnabhängigen Bevölkerung heute zunehmend anders aus.

Während Automatisierung und Globalisierung von Produktionsketten zu einem Verlust industrieller Arbeitsplätze führten, ist ein großer und ausdifferenzierter Dienstleistungssektor entstanden. Waren im Jahr 1965 noch beinahe die Hälfte aller Beschäftigten in der Bundesrepublik im produzierenden Gewerbe tätig, so sank deren Anteil bis 1995 auf etwa ein Drittel und macht heute weniger als ein Viertel der Gesamtbeschäftigtenzahl aus (Statistisches

Bundesamt 2020c). Im gleichen Zeitraum wuchs der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtbeschäftigung von 40 auf beinahe 75 Prozent (ebd.). Die neu entstandenen Arbeitsplätze in diesem Bereich umfassen ein weites Spektrum an Tätigkeiten und Berufen. Unternehmensbezogene wie öffentliche Dienstleistungen reichen von Tätigkeiten im Bereich der Forschung und Entwicklung bis hin zu Wachdiensten oder der Gebäudereinigung – ihr Bedeutungsgewinn steht sowohl im Zusammenhang mit der gestiegenen Komplexität und Wissensintensität von Aufgaben wie mit Auslagerungsprozessen von Teilen der Wertschöpfungsketten aus dem produzierenden Gewerbe (Schwahn et al. 2018). Hinzu kommt ein immenser Beschäftigungsanstieg im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe, aber auch durch öffentliche Dienstleister, etwa in Erziehung, Bildung und Gesundheit (ebd.).

Dieser Strukturwandel der Arbeitswelt hat traditionelle Spaltungslinien zwischen Arbeiter*innen und Angestellten verlagert. Ein Angestelltenverhältnis ist längst nicht mehr automatisch mit einer gehobenen Stellung verbunden. Im Gegenteil: Ob in der Altenpflege oder an der Supermarktkasse, ob in Werbeagenturen, in Unternehmen oder dem akademischen Mittelbau in der Wissenschaft – in vielen Dienstleistungs- und akademischen Berufen sind die Gehälter deutlich niedriger als die Löhne festangestellter Arbeiter*innen etwa im Maschinenbau oder der Autoindustrie. Doch nicht nur strukturelle Prozesse,

sondern auch politisches Handeln hat neue Trennlinien unter den Beschäftigten entstehen lassen. Spätestens seit den neoliberalen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zu Beginn der 2000er Jahre stehen in vielen Betrieben festangestellte Beschäftigte prekären Leiharbeiter*innen, Werkvertragsarbeiter*innen und Minijobber*innen gegenüber. Letztere verfügen über eine deutlich geringere Jobsicherheit und in der Regel auch über niedrigere Löhne und Gehälter. Im Median verdienen Beschäftigte in der Bundesrepublik pro Monat 3 024 Euro, Leiharbeiter*innen dagegen nur 1758 Euro (Zacharias 2016; Zahlen von 2016). So verfügt Deutschland heute zwar über eine der »wettbewerbsfähigsten« Volkswirtschaften der Welt, aber auch über den größten Niedriglohnsektor in Europa (Deutscher Gewerkschaftsbund 2019).

Mit diesen Prozessen verflochten ist ein weiterer Wandlungsprozess, der traditionelle Grenzl意思 am Arbeitsmarkt zusehends infrage stellt. Denn spätestens seit der Jahrtausendwende *verwischen auch die Gegensätze zwischen Akademiker*innen und Nichtakademiker*innen immer mehr*. Längst geht ein Großteil der an Hochschulen ausgebildeten Arbeitskräfte in der Klasse der Lohnabhängigen auf. Unter den Bedingungen einer neoliberalen Arbeitswelt schützt akademische Bildung nicht mehr selbstverständlich vor der sich ausbreitenden Prekarisierung, also unsicheren Beschäftigungsverhältnissen und einem sozialen Abstieg.

Diese Entwicklungen führen dazu, unsere traditionellen Vorstellungen der Arbeiterklasse oder des Proletariats zu hinterfragen und neu zu bestimmen: In diesem Aufsatz verfolge ich die These, dass ein neues akademisches Proletariat entstanden ist. Dieses speist sich allerdings nicht nur aus denjenigen Akademiker*innen, deren vormals prestigeträchtige und sichere Berufe eine Entwertung erfahren haben. Vielmehr ist auch ein gegenläufiger Prozess zu beobachten: Viele Arbeitsstellen und Branchen wurden und werden zunehmend akademisiert.

Dies bedeutet, dass die häufigen polemischen Gegenüberstellungen von Arbeiterklasse und vermeintlich elitären »akademischen Mittelschichten« oder zwischen »akademischen Milieus« und »kleinen Leuten« mit geringerer Bildung und Einkommen in den meisten Fällen nicht mehr zeitgemäß sind und einer tiefer gehenden Analyse bedürfen.

Steigt man in eine solche Analyse ein, wird als eine Wurzel dieser Entwicklung die Bildungsexpansion seit den späten 1950er Jahren erkennbar. Anforderungen und Bedingungen im Bildungs- und Ausbildungswesen veränderten sich gemeinsam mit der Arbeitswelt insgesamt. Dadurch wurde deutlich, dass etwa Hochschulen mit den Interessen der Wirtschaft verflochten sind, da sie eine entscheidende Funktion in der Reproduktion qualifizierter Arbeitskräfte ausfüllen.

Forderungen nach einer umfassenden Akademisierung der Bevölkerung, die

erstmal in den späten 1950er Jahren lauter wurden, gipfelten ab den späten 1960er Jahren in einer Welle von Hochschulgründungen, die zu einer deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen führten. Insbesondere die späten 1960er und frühen 1970er Jahre waren eine Hochphase expansiver Bildungspolitik. Gemeinsam mit den Gewerkschaften drängte vor allem die SPD auf Chancengleichheit in der Bildung, um die durch das Bildungssystem reproduzierte soziale Ungleichheit auszubremsen. Willy Brandt kündigte als ein Credo seiner Kanzlerschaft 1969 an, »Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung« an die »Spitze der Reformen« zu stellen (Wunder/Erdsiek-Rave 2011). Hiermit setzte ein rasanter Prozess der Akademisierung großer Bevölkerungsteile ein, der die Exklusivität des Studiums durchbrach: War das Studium an einer Hochschule zuvor das Privileg einer kleinen Minderheit gewesen, hatten an den »Massenuniversitäten« nun erstmals auch die sprichwörtlichen »kleinen Leute« aus unteren Einkommensklassen Chancen auf akademische Bildung. Heute nimmt mehr als die Hälfte eines Schuljahrgangs ein Universitäts- oder Fachhochschulstudium auf (Statistisches Bundesamt 2020b).

Dieser Prozess der Bildungsexpansion war nicht frei von Widersprüchen. Auf der einen Seite stellte der Zugang zu akademischer Bildung für Angehörige der Arbeiterklasse natürlich einen Schritt in Richtung Demokratisierung dar. Auf der anderen Seite zielte die Bildungsexpansion

von Anfang an darauf ab, qualifizierte Arbeitskräfte für die sich verändernden Anforderungen einer wissenszentrierten Wirtschaft bereitzustellen.

Nicht nur in Deutschland suchen linke Parteien nach Antworten auf diese Entwicklung. Vor dem Hintergrund neoliberaler Hegemonie hat die Linke zwar die Klassenfrage wiederentdeckt – die widersprüchliche Entwicklung im Prozess der Akademisierung wird dabei bislang aber viel zu wenig berücksichtigt (vgl. etwa LuXemburg-Spezial zu »Neuer Klassenpolitik« 2017 oder das Dossier zu Klassenpolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung, RLS 2018). Soll eine linke Klassenpolitik für das 21. Jahrhundert entwickelt werden, hat es wenig Sinn, sehnsuchtsvoll in die Vergangenheit zu schauen und den idealtypischen Industriearbeiter zu verklären, wie es in manchen linken Diskursen derzeit geschieht. Eine zukunftsweisende Klassenpolitik muss berücksichtigen, wie die Prozesse der Akademisierung und Prekarisierung die Zusammensetzung und Struktur der Arbeiterklasse und der Gesellschaft insgesamt verändert haben. Wie eine linke Klassenpolitik heute aussehen könnte, ist Gegenstand dieses Aufsatzes.

ZWISCHEN AKADEMISIERUNG UND NEUER UNSICHERHEIT

Auf den ersten Blick scheinen sich die Prozesse der Akademisierung und der Prekarisierung immer größerer Bevölkerungsteile zu widersprechen. Die Tatsache, dass Ausbildungen für bestimmte

Tätigkeits- und Berufsfelder an Akademien und Hochschulen verlegt werden, ließe eine Aufwertung dieser Tätigkeiten erwarten und sollte dementsprechend mit besseren beruflichen Perspektiven der Absolvent*innen einhergehen. Dennoch erleben wir, dass sich trotz eines stetig wachsenden Anteils von Akademiker*innen an der Gesamtbevölkerung die soziale Spaltung in den vergangenen Jahrzehnten vertieft hat und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse zunehmen (Vogel 2015).

Die Parallelität dieser Prozesse könnte damit erklärt werden, dass ein Teil der Bevölkerung vom Prozess der Akademisierung profitiert, während der andere Teil davon ausgeschlossen bleibt und in Bezug auf Einkommen, materielle Sicherheit und Arbeitsbedingungen immer weiter zurückfällt. Doch dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Denn im Prozess von Hochschulöffnung und Bildungsexpansion hat sich auch die gesellschaftliche Funktion akademischer Bildung grundlegend gewandelt. Was gemeinhin als Akademisierung diskutiert wird, umfasst nicht nur eine Aufwertung neuer akademischer Berufe. Vielmehr ist durch die Ausweitung akademischer Bildung ein neues akademisches Proletariat entstanden, das sich in Bezug auf gesellschaftliche Stellung und berufliche Perspektiven den nicht-akademischen Bevölkerungsschichten angleicht. Gleichzeitig führt die Ausweitung akademischer Bildung aber dazu, dass sich das Proletariat akademisiert, indem viele ausführende Tätigkeiten, frühere

klassische Lehrberufe, heute eine höhere Qualifikation benötigen.

HOCHSCHULEXPANSION UND AKADEMISIERUNG DER LOHNARBEIT

Bis ins 20. Jahrhundert hinein war die Aufnahme eines Studiums den Angehörigen von Eliten vorbehalten. Die Universität sicherte die ideologische Reproduktion der gesellschaftlichen Ordnung – Professorenschaft und Studierende traten nach der gescheiterten Revolution 1848 in Kaiserreich und Weimarer Republik zunächst nicht mehr als progressive Kräfte in Erscheinung. Neben dem alten Adel und der Bourgeoisie stand die Universität nur einem kleinen Teil des Kleinbürgertums sowie Beamtenfamilien offen. Das Studium war durch die Loslösung von materiellen Fragen gekennzeichnet – es entstand der viel beschworene ›Elfenbeinturm‹, in dem man sich den schönen Künsten, Freizeitvergnügungen und dem Studium der ›Klassiker‹ widmen konnte. »Das Studium des Vortrefflichen und die fortwährende Ausübung des Vortrefflichen musste notwendig aus einem Menschen, den die Natur nicht im Stich gelassen, etwas machen«, so Johann Wolfgang von Goethe (zit. nach Eckermann 2018).

Erfolgreiche kapitalistische Akkumulation erfordert jedoch die beständige und systematische Anwendung wissenschaftlicher und technologischer Forschung auf die wirtschaftlichen Sektoren, um Produktivkräfte und Erträge zu steigern. So sorgte der wirtschaftliche Aufschwung der

Nachkriegszeit für einen erhöhten Bedarf an akademisch gebildeten Arbeitskräften, um weitere Produktivitätssteigerungen zu erreichen und um die öffentliche Verwaltung und den Bildungssektor durch qualifiziertes Personal zu erweitern. Dies bedeutete zwangsläufig, dass es zunehmend einer breiten Masse der Bevölkerung möglich gemacht werden *musste*, ein Studium aufzunehmen. Auch wenn Ziele und Interessen von Kapital und Arbeit bei der Hochschulöffnung nie deckungsgleich waren, überschritten sich die gewandelten Anforderungen kapitalistischen Wirtschaftens somit in der Stoßrichtung mit linken und gewerkschaftlichen Positionen nach einer Öffnung der Bildung für die Masse der lohnabhängigen Bevölkerung. Erstmals hatten nun auch Arbeiter*innenkinder in größerem Umfang die Chance, eine akademische Laufbahn einzuschlagen. Zwar blieben – und bleiben – sie unter den Hochschulabsolvent*innen unterrepräsentiert, dennoch verlor das deutsche Hochschulsystem zumindest etwas von seinem elitären Charakter.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit der Entstehung der modernen ›Massenuniversität‹ ab den 1960er und 1970er Jahren. Ein Katalysator hierfür war der ›Sputnik-Schock‹ Ende der 1950er Jahre, der den USA und davon ausgehend dem ›Westen‹ insgesamt die Gefahr der technologischen Unterlegenheit in Konkurrenz zum damaligen ›Ost-Block‹ offenbarte (vgl. Möller et al. 2020). In der Folge wurde der Mangel an hoch qualifi-

zierten Fachkräften mehr und mehr als Gefährdung des ökonomischen Wohlstands der westdeutschen Gesellschaft problematisiert (ebd.; Picht 1964).

Parallel dazu formierte sich die Studierendenbewegung der 1960er und 1970er Jahre, die den Prozess der Hochschulöffnung und Akademisierung von Beginn an kritisch begleitete. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der immer stärker ins Zentrum der Bewegung rückte, verfasste wichtige Schriften zur Rolle der Universitäten in der Gesellschaft und bezeichnete diese als ›Ausbildungsanstalten‹ im Interesse des Kapitals. Zudem erkämpfte die ›68er-Bewegung‹ viele studentische Freiheiten und stieß vielfältige Demokratisierungsprozesse in den Hochschulen an, die den Zielsetzungen der Kapitaleite diametral entgegenstanden. Eine bedeutende Errungenschaft dieser Protestbewegung ist die Bewahrung und zeitweise Ausweitung eines Spektrums geistes- und sozialwissenschaftlicher Fächer an den Universitäten, deren Bedeutung für die kapitalistische Akkumulation relativ gering ist.

Seither hat sich die Akademisierung auf immer mehr Berufsfelder und einen stetig wachsenden Teil der Lohnarbeit ausgeweitet. Die Studienanfänger*innenquote eines Jahrgangs stieg von knapp 8 Prozent im Jahre 1960 (BMBF 2001) auf über 56 Prozent im Jahre 2019 (Statistisches Bundesamt 2020b). Während in den 1980er Jahren insbesondere die massive Ausweitung der Ingenieurwissenschaften zur Akademisierung industrieller Berufe be-

itrug, etwa in den Bereichen Elektrotechnik, Maschinenbau oder Bauwesen, folgte in den 1990er Jahren die Informationstechnologie mit ihren diversen Berufsfeldern vom Webdesigner bis zum Systemadministrator diesem Trend. Seit den 2000er Jahren durchdringt die Akademisierung auch den Bereich der sozialen Dienstleistungen. Dies betrifft nicht mehr nur die soziale Arbeit, sondern auch die Krankenpflege, die Ergotherapie, die frühkindliche Erziehung und die Hebammenkunde. Heute gibt es in Deutschland über 20 000 Studiengänge und etwa 2,9 Millionen Studierende (Hochschulrektorenkonferenz 2020).

Parallel zur Akademisierung der Lohnarbeit lässt sich eine zunehmende Ausdifferenzierung des akademischen Bereichs beobachten. Bei der Ausweitung akademischer Ausbildungsgänge spielte der Ausbau des Fachhochschulwesens sowie der Berufsakademien eine wesentliche Rolle. Mittlerweile sind über eine Million Studierende an Fachhochschulen eingeschrieben und ihr Anteil wächst stetig, während die Zahl der Studierenden an Universitäten einschließlich der pädagogischen und theologischen Hochschulen mit etwa 1,8 Millionen zuletzt nur noch langsam stieg (Statistisches Bundesamt 2020c).

Spätestens seit den 1990er Jahren haben neoliberale Umbaumaßnahmen auch die Hochschulen erfasst und hier zu drastischen Veränderungen geführt. Zentral waren hierbei die 1999 verabschiedeten Bologna-Reformen mit der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge, die

darauf abzielten, die akademische Bildung zu kommodifizieren. Hierbei ging es sowohl darum, die Hochschulexpansion für die öffentliche Hand möglichst kostenneutral für die gestalten, als auch darum, höhere Lohnerwartungen der zukünftigen Akademiker*innen zu bremsen (vgl. Gohlke/Butollo 2012, 14). Die Zweiteilung des Studiums in Bachelor und Master schuf nicht nur eine weitere Hürde durch ein zusätzliches Bewerbungsverfahren nach dem ersten Hochschulabschluss, sondern hatte explizit zum Ziel, den Großteil der Studierenden nach kurzer Studiendauer in den Arbeitsmarkt zu entlassen. Studierende sind mehr denn je gezwungen, ihre individuellen Erkenntnisinteressen an Vorgaben, Fristen und Ordnungen anzupassen und das Studium ist infolgedessen durch einen Verlust an Freiheiten und Wahlmöglichkeiten bei gleichzeitig wachsendem Leistungsdruck gekennzeichnet.

Zwar ist die Vorstellung einer breiten, universalistischen und von ökonomischen Interessen unabhängigen Bildung schon immer eine romantische Idealisierung gewesen. Mit den Bologna-Reformen ist jedoch ein massiv gesteigerter Prüfungsdruck in das Studium eingezogen. Wer nicht mithält und beim Anhäufen von Leistungspunkten in Verzug gerät, dem drohen Disziplinierungen in Form von BAföG-Kürzungen oder gar die Zwangsexmatrikulation. Bildung gilt unter diesen Vorzeichen vor allem als Qualifikation für den Arbeitsmarkt – und damit als ein marktfähiges Produkt.

Diese Orientierung auf Effizienz mit dem Ziel, die Masse der Studierenden schnell durch das Studium zu schleusen – damit die zu erwartenden steigenden Studierendenzahlen ohne zusätzliche Finanzmittel bewältigt werden können –, hat zur Folge, dass der Arbeitsaufwand für Studierende stark gestiegen ist und immer weniger Raum für die breite Aneignung von Bildungsinhalten, das sprichwörtliche Blicken nach links und rechts, bleibt. Hinzu kommt, dass steigende Lebenshaltungskosten dazu führen, dass heute bis zu zwei Drittel aller Studierenden auf einen Nebenjob angewiesen sind (Middendorff et al. 2017) und eine geforderte Wochenstundenzahl von 40 im Bachelorstudium für viele Studierende nicht zu schaffen sind. Durchschnittlich gehen erwerbstätige Studierende heute zusätzlich zum Vollzeitstudium 13 Stunden in der Woche einer Erwerbsarbeit nach (Middendorff et al. 2013). Gleichzeitig lebt die Hälfte aller Studierenden in Deutschland von weniger als 860 Euro im Monat (Middendorff et al. 2017). Das BAföG, das 1971 eingeführt wurde, damit auch Studierende aus der Arbeiterklasse und finanziell weniger starke Schichten ein Studium finanzieren können, kommt dieser Aufgabe längst nicht mehr nach. Lag die Quote der BAföG-Empfänger*innen unter allen Studierenden 1972 noch bei 45 Prozent, setzte danach ein steiler Sinkflug ein: Im Jahr 2019 erhielten gerade noch 11 Prozent aller Studierenden BAföG (Iost 2021).

DAS NEUE AKADEMISCHE PROLETARIAT

Es sei einer Krankenschwester nicht zuzumuten, über Steuerabgaben die Ausbildung ihrer zukünftigen Vorgesetzten zu finanzieren. So rechtfertigte der ehemalige hessische Wissenschaftsminister Udo Corts die Einführung von Studiengebühren zum Wintersemester 2007/08 (Euler 2006). Ziel des vermeintlichen Eintretens für die Interessen der ›kleinen Leute‹ war es, die Proteste Studierender zu delegitimieren und als elitär zu brandmarken. Studierende, so der Vorwurf, ließen sich vom Steuerzahler subventionieren, obwohl sie ohnehin einer zukünftigen Elite angehörten. Der Bildungsstreik sei demnach lediglich eine Art Lobby-Unterfangen, das dazu diene, Privilegien zu sichern. Doch was ist tatsächlich dran an diesen Vorwürfen? Warten auf Studierende auch heute noch hoch dotierte Posten in Wirtschaft und Verwaltung? Sind Akademiker*innen noch Elite?

Tatsächlich ergibt sich ein ambivalentes Bild: Auch wenn immer größeren Bevölkerungsteilen eine akademische Bildung offensteht, ist die Ungleichheit bei den Bildungschancen nach wie vor massiv. In kaum einem OECD-Land ist die ›Vererbbarkeit‹ von Bildungsabschlüssen so groß wie in Deutschland (OECD 2018; Autorengruppe Berichterstattung 2020). Die massive Bildungsungleichheit verlängert sich dabei aus dem Schulsystem in den Bereich der Berufs- und Hochschulbildung. So erwerben nur etwa halb so viele Nichtakademiker- wie Akademikerkinder

eine Hochschulzugangsberechtigung. Bis zum Masterabschluss steigt die Relation auf knapp 1:6, bis zum Dokortitel sogar auf 1:10. Das bedeutet, dass von 100 Akademikerkindern durchschnittlich zehn einen Dokortitel erwerben, von 100 Nichtakademikerkindern nur eines (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V. 2017).

Die sozialen Barrieren beim Zugang zu akademischer Bildung sind also nicht verschwunden. Geändert hat sich jedoch etwas anderes: die Struktur des Arbeitsmarkts. Obwohl ein abgeschlossenes Studium und ein akademischer Grad auch heute noch potenziell eine bessere berufliche Perspektive bieten, heißt das nicht, dass die Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt generell gut wären. Die soziologische Analyse der ›Abstiegsgesellschaft‹ deutet diesen Sachverhalt anschaulich: Während der goldenen Jahre der Industriemoderne nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man davon ausgehen, dass es den eigenen Kindern einmal besser gehen werde: Wie in einem Fahrstuhl fuhr (fast) die gesamte Gesellschaft nach oben. Heute haben sich die Vorzeichen verkehrt: Die Mittelschicht gerät unter immer stärkeren Druck, sozial abzustiegen. Um dies zu verhindern, muss man strampeln – Überstunden machen, mehr Zertifikate anhäufen, sich weiterbilden. Fuhr man früher gemeinsam mit dem Fahrstuhl nach oben, läuft man heute individuell gegen eine nach unten fahrende Rolltreppe an, um nach oben zu kommen oder seine Position zumindest halten zu können (Nachtwey 2016; Beck 1986).

Kurzum: Die Bildungsexpansion im modernen Kapitalismus, die sowohl demokratische Errungenschaft als auch Folge der sich verändernden Anforderungen der Wirtschaft ist, hat sowohl zur Akademisierung der Lohnarbeit als auch zur ›Proletarisierung‹ von Akademiker*innen geführt. Zwar sind Studierende und Akademiker*innen mit Blick auf ihr Tätigkeitsprofil nach wie vor oft bessergestellt. Sie müssen in der Regel keine harten körperlichen Arbeiten verrichten und verfügen über mehr Autonomie in der Gestaltung ihres Arbeitsalltags. Eine Elite bilden sie aber trotzdem längst nicht mehr. Ein wachsender Teil der Hochschulabsolvent*innen von heute landet in abhängiger Beschäftigung, für die vor Jahrzehnten eine Lehre ausgereicht hätte. Dabei ist die Tendenz stark steigend: Zwischen 2008 und 2018 stieg der Anteil der Arbeiter*innen und Angestellten an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung um 11 Prozent, der Anteil von Akademiker*innen hingegen, die als Arbeiter*innen oder Angestellte arbeiten, stieg um 43 Prozent (Bundesagentur für Arbeit 2019). Demgegenüber schlagen weniger Akademiker*innen nach Studienabschluss den Weg in die Selbstständigkeit ein. Selbst in klassischen selbstständigen Berufen – Psychologie, Rechtswissenschaften, Human- oder Zahnmedizin – ist die Selbstständigenquote auf deutlich unter 50 Prozent gesunken (ebd.). Erklären lässt sich dies mit dem Wunsch nach mehr Einkommenssicherheit.

Die überwiegende Mehrheit der heutigen Studierenden und jungen Akademiker*innen landet letztlich in klassischen Lohnarbeitsverhältnissen. Ein abgeschlossenes Studium steigert zwar die Wahrscheinlichkeit, in einer gesicherten Erwerbsposition zu landen, aber nur einem kleinen Teil der Akademiker*innen gelingt der Aufstieg in hohe Gehaltsgruppen oder Führungspositionen. So sind die Einstiegsgehälter vieler Hochschulabsolvent*innen nur noch unwesentlich höher als diejenigen in Lehrberufen. Das durchschnittlich zu erwartende Lebenseinkommen von Akademiker*innen liegt zwar weiterhin über dem gesellschaftlichen Gesamtdurchschnitt, allerdings gibt es große Unterschiede zwischen verschiedenen Studiengängen sowie zwischen den Geschlechtern. In einigen Berufen erzielen Akademiker*innen im Vergleich zu Absolvent*innen mit einer Ausbildung zur Meister*in oder Techniker*in geringere Einkommen (Kugler et al. 2017). Zudem sind Akademiker*innen längst nicht mehr automatisch in leitenden Funktionen tätig. So haben Erwerbstätige mit Fortbildungsabschluss sogar häufiger direkte Personalverantwortung als Erwerbstätige mit akademischem Abschluss (Bundesinstitut für Berufsbildung 2019).

Es kommt hinzu, dass eine große Zahl von Akademiker*innen nach dem Studium gar nicht die Möglichkeit hat, in feste Arbeitsverhältnisse zu gelangen. Viele hangeln sich von einem unbezahlten Praktikum zum nächsten und werden

höchstens befristet eingestellt. So war 2017 fast jeder zweite neu abgeschlossene Arbeitsvertrag von Akademiker*innen befristet. Bei Beschäftigten ohne Berufsabschluss lag dieser Anteil mit 56 Prozent zwar etwas höher, bei Arbeitnehmer*innen mit Berufsabschluss dagegen mit 38 Prozent deutlich niedriger (Bundesagentur für Arbeit 2019). Auch unter den Leiharbeiter*innen steigt die Zahl der Hochschulabsolvent*innen. Jede*r sechste Beschäftigte, die oder der von einer der 15 größten Leiharbeitsfirmen vermittelt wird, hat studiert (Lünenonk 2020).

Insbesondere die Arbeitsverhältnisse in der Wissenschaft sind von starkem Leistungsdruck und einer hohen Arbeitsdichte geprägt. Wer in einer gewissen Zeit nicht alle nötigen Qualifikationen ansammelt, wird gnadenlos aussortiert – und wer sie hat, schaut bei der Bewerbung um eine der wenigen Professuren trotzdem zumeist in die Röhre. Nicht selten verzichten Wissenschaftler*innen zugunsten ihrer Karriere deshalb auf Kinder, und doch gibt es keine Garantie dafür, mit Anfang oder Mitte 40 nicht plötzlich vor einer beruflichen Neuorientierung zu stehen. Da auf den steinigem Karrierepfaden Phasen der Arbeitslosigkeit oder niedriger Erwerbsmöglichkeiten keine Seltenheit sind, wurde vielfach über Jahre nicht einmal genügend Geld in die Sozialsysteme eingezahlt, um vor Altersarmut zu schützen. Somit verkörpern Wissenschaftler*innen keine materielle Elite, sondern sind ein Heer prekariisierter Beschäftigter.

Dass akademische Bildung nicht automatisch höhere Gehälter und materiellen Aufstieg impliziert, wird deutlich, wenn man die Einkommen von Facharbeiter*innen in der Autoindustrie heranzieht. Berufsanfänger*innen in der Produktion bei Volkswagen in Wolfsburg verdienen rund 3.700 Euro pro Monat (brutto) für 35 Stunden Wochenarbeitszeit. Sozialpädagog*innen erhalten mit rund 2.850 Euro pro Monat (brutto) fast ein Viertel weniger Gehalt bei einer Wochenarbeitszeit von 40 Stunden. Und es ist keinesfalls ausgemacht, dass die Kinder von Facharbeiter*innen in der Autoindustrie nach einem Studium jemals das Gehaltsniveau ihrer Eltern erreichen: Die Tochter eines Facharbeiters etwa, die nach einem geisteswissenschaftlichen Studium Journalistin wird, erhält zum Berufseinstieg bei einer Tageszeitung rund 3.300 Euro pro Monat (brutto) und liegt damit nach einer wesentlich längeren Ausbildungszeit deutlich unter dem Gehalt ihres Vaters (das sich durch diverse Erfahrungsstufen über das Berufsleben hinweg noch deutlich erhöht hat) (Schepp 2020).

Ein Studium ist also nicht mehr automatisch mit sozialen Aufstiegschancen verbunden, sondern vielfach eher eine Notwendigkeit, um die Gefahr des Abrutschens und des sozialen Abstiegs zu senken. Der Trend zu immer mehr Studierenden sowie zu immer höheren Bildungsabschlüssen – über den Dokortitel bis zur Habilitation – deutet darauf hin, dass die Anforderungen an

akademisch ausgebildete Menschen gestiegen sind. Die Mehrzahl von ihnen ist von der wachsenden ökonomischen und sozialen Ungleichheit und der allgemeinen Senkung des Lebensstandards großer Bevölkerungsteile direkt betroffen. Genau wie nicht-akademische Lohnabhängige leiden sie unter der neoliberalen Politik und machen die Erfahrung von befristeten Arbeitsverhältnissen, Arbeitsverdichtung und Lohndepression. Kurz: Das neue akademische Proletariat ist ein Teil der Arbeiterklasse – mit ähnlichen sozialen Interessen wie die nicht akademisch gebildeten Teile der Klasse.

HERAUSFORDERUNGEN LINKER KLASSENPOLITIK

Der Wandel der gesellschaftlichen Funktion akademischer Bildung und die damit einhergehenden Veränderungen in der Zusammensetzung und Lage der Arbeiterklasse stellen die politische Linke vor neue Herausforderungen. Die ungebrochene Tendenz der Prekarisierung der Arbeitswelt, wie wir sie in den letzten Jahrzehnten erleben mussten, zeigt, dass Arbeiterbewegung und Linke sich nach wie vor in der Defensive befinden. Der Prozess der fortschreitenden Akademisierung steht dabei, wie wir gesehen haben, keineswegs im Widerspruch zur Ausweitung der Kapitalmacht und der Schwäche der organisierten Arbeiterklasse. Vielmehr ist er eine Folge sich verändernder Anforderungen des modernen Kapitalismus an qualifizierte Arbeitskräfte. Im Ergebnis bildet sich ein neues akademisches

Proletariat, das zunehmend den gleichen Zumutungen der neoliberalen Arbeitswelt ausgesetzt ist wie der Rest der Klasse der Lohnabhängigen.

Im Folgenden soll erörtert werden, welche Widersprüche, aber auch Chancen aus diesen Entwicklungen für eine zukunftsweisende linke Politik erwachsen und wie Klassenpolitik in Zeiten von Akademisierung und fortschreitender Prekarisierung weiter Teile der arbeitenden Klasse in der neoliberalen ›Abstiegsgesellschaft‹ aussehen kann. Zunächst soll hierbei ein Augenmerk auf den Stellenwert der Bildungs- und Hochschulpolitik für die sozialistische Linke gerichtet werden, wobei durch einen Blick in die Vergangenheit linker Strategien der Organisierung die Erfahrungen aus der Geschichte der Arbeiterbewegung bezüglich des Kampfes um Bildung sowie des Verhältnisses der Linken zur gesellschaftlichen Intelligenz und zum Umgang mit Fragen der Bildungsgerechtigkeit nutzbar gemacht werden sollen. Zuletzt soll es darum gehen, eine Vision zu entwickeln, wie eine verbindende Klassenpolitik vor dem Hintergrund der skizzierten Entwicklungen aussehen kann, die bestehende Spaltungen in der Klasse der Lohnabhängigen überwindet und die gemeinsamen Interessen akademischer und nicht-akademischer Beschäftigter in einen gemeinsamen Kampf überführt.

KAMPF UM BILDUNGSGERECHTIGKEIT

Wie wir gesehen haben, ist die Bilanz der Bildungsöffnung der letzten Jahrzehnte zwiespältig. Einerseits wurde durch

Hochschulexpansion und Akademisierung der Lohnarbeit auch für Angehörige der Arbeiterklasse der Zugang zu akademischer Bildung erreicht – eine Demokratisierung, die in langen und erbitterten Auseinandersetzungen erkämpft werden musste und nicht als elitäres Privileg kritisiert, sondern gegen Widerstände verteidigt und weiter durchgesetzt werden muss. Andererseits folgte die Entwicklung den Anforderungen des modernen Kapitalismus und führte zu einer veränderten Funktion von Hochschulbildung, die diese zunehmend an die Interessen der Wirtschaft koppelt. In der Folge verschlechterten sich die Studienbedingungen und die soziale Lage eines Großteils der Studierenden und es kam zur Entwertung akademischer Bildung sowie zur zunehmenden ›Proletarisierung‹ von Akademiker*innen.

Gleichzeitig ist offensichtlich, dass Bildungsgerechtigkeit in der Bundesrepublik nach wie vor nicht erreicht ist und die Chancen auf akademische Bildung weiterhin in hohem Maße von der sozialen Herkunft abhängen. Dies bedeutet für die politische Linke, dass der Kampf um Bildungsgerechtigkeit weiterhin einen zentralen Stellenwert haben muss. Die Forderung, dass jede und jeder die Möglichkeit haben muss, studieren zu können, darf aber keineswegs darauf hinauslaufen, nicht-akademische Bildungswege zu entwerten. Auch die Ausbildung im Betrieb und an Berufsfachschulen muss ihre Wertschätzung in Form guter Ausbildungsbedingungen, guter Arbeitsplätze und gesellschaftlicher

Anerkennung bekommen. Was es jedoch zu erreichen gilt, ist die Wahlfreiheit des Bildungswegs – für alle, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder anderen Kriterien. Davon sind wir heute weit entfernt.

Die zunehmende Ausrichtung akademischer Bildung auf die Anforderungen des Kapitals betrifft heute die Mehrheit der Studierenden und damit einen Großteil der zukünftigen Lohnarbeiter*innen. Damit werden die Demokratisierungserfolge vergangener Generationen untergraben und es droht die Bildung neuer sozialer Barrieren, wie der wiederholte Versuch der Einführung von Studiengebühren oder die rapide sinkende Quote der BAföG-Empfänger*innen zeigen. Der Kampf gegen diese neoliberale Hochschulpolitik muss weiter intensiviert werden. So braucht es eine gezielte Förderung sozial Benachteiligter, um Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit beim Zugang zu akademischer Bildung zu erreichen. Studentischer Protest ist ernst zu nehmen und zu unterstützen. Potenziale sind da, wie die Bildungsproteste in den letzten Jahrzehnten gezeigt haben.

Immer wieder sind von modernen Massenhochschulen große Proteste ausgegangen, und wie es spätestens die »68er-Bewegung« bewiesen hat, können sie auch Zündfunke verallgemeinerter Revolten sein. Damals war der gesellschaftskritische und aktivistische Impuls, der von den Hochschulen ausging, noch auf eine verhältnismäßig kleine Minderheit begrenzt – die Studienanfänger*innen-

quote eines Jahrgangs betrug 1968 nur knapp 15 Prozent (BMBF 2001). Heute nimmt mehr als die Hälfte eines Jahrgangs ein Hochschulstudium auf (Statistisches Bundesamt 2020b). Durch den neoliberalen Umbau des Hochschulwesens und die gestiegene Arbeitsbelastung Studierender wurden jedoch gleichzeitig die studentischen Freiheiten eingeschränkt – und damit der Raum für politisches Engagement und Protest. Auf der anderen Seite hat diese Entwicklung jedoch, wie wir gesehen haben, zu einer Annäherung der sozialen Lagen und der individuellen beruflichen Perspektiven von Studierenden und Akademiker*innen sowie der übrigen lohnabhängigen Bevölkerung geführt, wodurch gemeinsame Anliegen und Forderungen erkennbar wurden. Die Linke sollte diese Entwicklungen wahrnehmen, analysieren und für linke Organisierung nutzen.

Innerhalb der politischen Linken wird das Verhältnis von Studierenden und Akademiker*innen zur Arbeiter*innenklasse jedoch immer wieder kontrovers diskutiert. Die Gegenüberstellung der sozialen Interessen akademischer und proletarischer Milieus ist nach wie vor weit verbreitet. Dies führt jedoch in eine politische Sackgasse. Denn einerseits haben sich die Trennlinien zwischen beiden Gruppen verwischt und die sozialen Interessen angeglichen. Andererseits wird oft vergessen, wie wichtig die Rolle formal höher gebildeter Schichten für linke Organisierung in der Geschichte

gewesen ist. Dazu lohnt ein Exkurs in die Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung und der Linken, denn was eine mögliche Symbiose angeht, war uns die historische Arbeiterbewegung bereits um einiges voraus.

LEHREN AUS DER GESCHICHTE

Die meisten Mitglieder der sozialistischen Arbeiter*innenparteien des 19. und frühen 20. Jahrhunderts stammten aus den besser gestellten Teilen der Arbeiter*innenklasse, der Facharbeiterschaft. Angeführt wurden die Parteien oder deren Vorläufer von bestens gebildeten Intellektuellen wie Karl Marx, Ferdinand Lassalle, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht oder Lenin. Tatsächlich wäre diese frühe Arbeiterbewegung nie auf die Idee gekommen, ›Bildung‹ gegen ›Handarbeit‹ auszuspielen. Vielmehr wurde die Arbeiterbewegung in Arbeiterbildungsvereinen begründet.

Welch hohen Stellenwert Bildung für die Arbeiterparteien besaß, zeigt sich daran, dass die SPD unmittelbar nach dem Ende der Sozialistengesetze 1891 ihre »Allgemeine Arbeiter-Bildungsschule« gründete und 1906 ihre »Reichsparteischule« in Berlin eröffnete (Olbrich 1982). Nach der Abspaltung von der Sozialdemokratie eröffnete die KPD die »Marxistische Arbeiterschule« in Berlin (Gerhard-Sonnenberg 1976). Die Arbeiterparteien betrachteten Bildung nicht als Mittel, um einen persönlichen Aufstieg zu verwirklichen, sondern ihnen galt Wissen als Instrument, um die Gesellschaft zu verändern: Bildung sollte

eine Waffe im Kampf um die Emanzipation der gesamten Arbeiterklasse sein. Und dafür waren die Arbeiterbildungsvereine notwendig, denn mit Anteilen von 0,5 Prozent aller Studierenden zu Zeiten des Kaiserreichs beziehungsweise 3 Prozent in der Weimarer Republik war Kindern aus der Arbeiterklasse der Weg ins Studium praktisch verwehrt (Jarausch 1984, 134).

Tatsächlich änderte sich dies erst mit der Bildungsexpansion nach dem Zweiten Weltkrieg grundlegend (ebd.: 13). Mit den vielen neuen Studierenden zog ein neuer, kritischer Geist in die Hochschulen ein. Gleichzeitig bot dieser Bildungsweg in der prosperierenden Wirtschaft der 1960er und 1970er Jahre die Möglichkeit, den eng gewordenen Milieus und Klassen zu entkommen. Auf diese Weise entstand eine akademisch gebildete Mittelschicht, die es in dieser Form zuvor noch nicht gegeben hatte. Sie bestimmte fortan auch das Leben in politischen Parteien – gerade die SPD wurde zu Beginn der 1970er Jahre durch die neuen Mitglieder regelrecht »entproletarisiert« (Walter 2018, 207).

Solche Aufstiegsprozesse in gebildete und gut bezahlte Schichten wurden oftmals zu Idealfällen stilisiert. So verwundert es nicht, wenn sozialdemokratische Politiker*innen im In- und Ausland, die wie Gerhard Schröder von einem historisch einmaligen Bildungsaufstieg profitiert haben, das Ideal des lebenslangen Lernens und meritokratischer Gerechtigkeitsvorstellungen propagieren, während sie zeitgleich den Sozialstaat aushöhlen

(Lessenich 2008). Dass ausgerechnet die Bildungsaufsteiger*innen der 1960er und 1970er Jahre sozialdemokratische und sozialistische Parteien in Europa (und auch die US-Demokraten) umkrempten, kann als eine Ironie der Geschichte bezeichnet werden. Den Parteien waren die Bindekräfte abhandengekommen, um ein immer stärker auseinandertreibendes Milieu, das sich vielfach nicht mehr stolz als Arbeiterklasse, sondern als gesellschaftliche Mitte begriff, beisammenhalten zu können. Akademische Bildung wurde dabei jedoch auf den individuellen sozialen Aufstieg reduziert – und nicht wie erhofft auf die gesellschaftliche Emanzipation der gesamten Klasse angewendet.

Heute ist die Lage, dem oben beschriebenen Bild der »Abstiegsgesellschaft« folgend, grundlegend anders. Aufstiege lassen sich immer schwerer realisieren. In vielem erinnert unsere kapitalistische Gegenwart an die Situation der 1830er Jahre, den »Vormärz«, als durch die Auflösung der Zunftordnung eine Zeit der sozialen Desintegration begann. Viele Handwerker und Arbeiter standen vor dem sozialen Ruin und setzten auf Selbstorganisation in Bildungsvereinen wie dem »Bund der Gerechten« des Frühsozialisten Wilhelm Weitling. Hier wurde die Vermittlung von Wissen zur Triebfeder bei der Herausbildung eines Klassenbewusstseins. Denn die Kultur, die Kunst und die Sprache ermöglichten es, verbindende Bilder und Vorstellungen entstehen zu lassen und ein gemeinsames

Bewusstsein zu befördern (Eiden-Offe 2016). Und dies brachte Steine ins Rollen: Die sich ab den 1840er Jahren formierende Arbeiterbewegung basierte auf solchen Bildungsvereinen.

ORGANISIERUNG: DIE VERANTWORTUNG DER LINKEN

Das neue akademische Proletariat, das in Bezug auf gesellschaftliche Stellung und berufliche Perspektiven den nicht-akademischen Bevölkerungsschichten ähnelt, muss von linker Klassenpolitik adressiert werden. Da Studierende und Akademiker*innen ebenso wie Arbeiter*innen von der Ausbreitung neoliberaler Marktprinzipien, der Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse und von wachsender ökonomischer Unsicherheit betroffen sind, entstehen hier Möglichkeiten zur Bildung von Koalitionen. Damit ist eine neue Situation entstanden, da sich die Interessen dieser Bevölkerungsanteile in früheren Zeiten nicht im selben Maße überschneiden.

Die materiellen Interessen von akademischen und nicht-akademischen Beschäftigtengruppen und auch ihre Stellung in der Produktion, also dem zentralen Konfliktfeld von Arbeit und Kapital, haben sich einander angenähert. Ein großes Hindernis für die gemeinsame Organisation liegt heute gleichwohl in habituellen Gegensätzen. Hierunter werden inkorporierte Verhaltensweisen verstanden, die aus der Sozialisation und der Zugehörigkeit zu Klassen und Milieus entstehen. Es sind diese vielfach beschriebenen

»feinen Unterschiede« (Bourdieu 1982), diese realen Schranken, die seit jeher für die Distinktion der oberen Klassen vom »gemeinen Volk« sorgen. Das Studium ist hier als kultureller Distinktionsgewinn, aber auch als Netzwerk- und Karriereschmiede unverzichtbarer Bestandteil, um geradezu ständische Privilegien zu konservieren und zu reproduzieren. Gleichzeitig können habituelle Unterschiede verschiedener Bevölkerungsschichten zielgerichtet instrumentalisiert werden, um bei ihnen das Erkennen von Gemeinsamkeiten zu verhindern.

Um diese Strategie der Instrumentalisierung zu beobachten, muss man nicht bis in die USA reisen, wo der (vermutlich unrechtmäßige) Milliardär Donald Trump und neurechte Netzwerke eine durchschaubare Elitenkritik vorbringen, die die Vergessenen und Abgehängten für die Rechte gewinnt. In Deutschland hat sich etwa Alexander Dobrindt vor einigen Jahren damit hervorgetan, Angehörige der urbanen gebildeten Milieus gegen die »kleinen Leute« auszuspielen: Da in manchen Stadtvierteln nur noch Englisch gesprochen werde, fühlten sich die einfachen Leute zunehmend fremd (Dobrindt 2018). Dobrindt spielt mit einem Unbehagen und stellt dabei die Notwendigkeit, sich in einer vernetzten und globalisierten Welt mehrsprachig zu bewegen, dem nachvollziehbaren Wunsch nach größerer Übersichtlichkeit gegenüber. Dass die wahrgenommene Internationalisierung aber auf eine Wirtschaftspolitik zurückzuführen ist, die auf einen globalen

Markt mit immer stärkerem Preis- und Lohndruck ausgerichtet ist und der sich »einfache« Arbeiter*innen ebenso wie Hochschulabsolvent*innen fügen müssen, wird dabei verschleiert. Es ist für die CSU vorteilhafter, beide Gruppen gegeneinander auszuspielen, als sich selbst als Beförderin dieser Politik in die Schusslinie zu bringen.

Der »kleine Mann«, der sich gegen vermeintlich abgehobene intellektuelle Eliten wehren muss, ist eine klassische populistische Argumentationsfigur der politischen Rechten. Man findet sie im explizit anti-intellektuellen französischen Poujadismus der 1950er Jahre, aber auch heute, manifestiert durch den »gesunden Menschenverstand der normalen Leute«, den die AfD vor allem in ihrer Anfangsphase bemühte, um allen anderen Parteien den Vorwurf machen zu können, den Kontakt zu den Sorgen, Nöten und Befürchtungen der Bevölkerung verloren zu haben. Ihre explizit rassistischen Argumentationen stellen nur eine weitere Eskalation dieser argumentativen Logik dar. In den Erklärungsmustern der Rechten wird »die Elite« nicht materialistisch über Reichtum und eine daraus resultierende Macht konstruiert, sondern als kulturelle Bedrohung eines *way of life*. Deswegen ist das Spiel mit der Angst ein zentrales Element rechter Rhetorik, das sich systematisch aller möglichen Strategien bedient, um vermeintliche Bedrohungen aufzubauschen. So werden rassistische Zuschreibungen, antifeministische Positionen, Fake News und die Bekämpfung wissenschaftlicher Erkennt-

nisse als Verteidigungshaltung der ›kleinen Leute‹ in Anschlag gebracht.

Sicher, die Diskurse im akademischen und auch im linken politischen Raum sind nicht immer leicht verständlich. Und nicht jeder Diskurs verdient dieselbe Aufmerksamkeit oder erweist sich in der Rückschau als sinnvoll. Man muss etwa zu sprachpolitischen Fragen nicht immer einer Meinung sein. Die polemische Gegenüberstellung von vermeintlich kulturellen und materiellen Fragen, die unter dem Schlagwort des »Gendersternchens« zur Karikatur verkommen ist, oder die Trennung von Fragen sexueller Orientierung oder der Minderheitenrechte von harten Verteilungsforderungen unternehmen allerdings gar nicht erst den Versuch, nach möglichen Verbindungen zu suchen, bzw. ignorieren bestehende Allianzen bewusst. Progressiven Forderungen aber für den schnellen Beifall den Ruch des Elitären zu verleihen, gibt sie der Lächerlichkeit preis.

Linke Politiker*innen sollten nicht in derartige Ausspielungswettkämpfe entlang falscher Gegenübersetzungen einstimmen. Auf diese Weise betreibt man das Geschäft des politischen Gegners. Wie immer wirkmächtig die habituellen Schranken zwischen den Beschäftigtengruppen sind, sie können in der gemeinsamen Organisierung überwunden werden. Diese herzustellen, ist eine zentrale Aufgabe der Linken.

Die nicht selten polemische Gegenüberstellung von vermeintlich privilegierten Akademiker*innen auf der einen und benachteiligten Arbeiter*innen auf der

anderen Seite schadet diesem Ziel nicht nur, sondern ist auch längst überholt.

Es stimmt zwar, dass die Arbeiterklasse gespalten ist. Die Trennlinien verlaufen jedoch – wie in anderen gesellschaftlichen Schichten auch – entlang von Geschlecht, Ethnizität und habituellen Umgangsweisen und auch auf dem Feld der Arbeitsbeziehungen selbst, etwa zwischen Festangestellten sowie Leiharbeiter*innen und Werkvertragsarbeiter*innen oder zwischen befristet und unbefristet Beschäftigten. Die Herstellung der Einheit ist eine politische Aufgabe. Karl Marx beschrieb diesen Umstand wie folgt:

»Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf [...] findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf.« (Marx 1847, 180f)

Diesen politischen Kampf zur Herausbildung einer »Klasse für sich selbst« gilt es zu führen. Er entsteht, indem wir Verbindungen betonen und gemeinsame Interessen aufzeigen – letztlich jedoch nur

in den gemeinsamen Kämpfen selbst, die es dementsprechend aufzubauen gilt.

Der Schlüssel zum Verständnis ist die soziale Realität und sind vor allem die Zukunftsaussichten derjenigen, die die Bewegungen tragen – mit ihrem großen Anteil an Schüler*innen und Studierenden. Vor dem Hintergrund ihrer individuellen sozialen und ökonomischen Perspektiven in der ›Abstiegsgesellschaft‹ und der Legitimationskrise des Systems als Ganzem ist die junge Generation heute wesentlich offener für Systemkritik und Klassenorientierung. Die ›Generation Krise‹, die in einer Welt aufgewachsen ist, in der im Gefolge der Weltwirtschaftskrise seit 2008 die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Verhältnisse ins Rutschen geraten sind, hegt Sympathien für linke Gedanken – und das trotz des immer noch relativ niedrigen Niveaus ökonomischer Kämpfe und der Schwäche der Gewerkschaftsbewegung. Dies gilt es für linke Klassenpolitik zu nutzen, was aber nur gelingen kann, wenn sie in der Lage ist, verschiedene Kämpfe zu verbinden, statt Trennendes zu betonen. Nur so kann aus objektiven gemeinsamen Interessen der Angehörigen einer »Klasse gegenüber dem Kapital« eine »Klasse für sich selbst« werden.

FAZIT

»Die linken Parteien sind Akademikerparteien geworden«, beklagte Sahra Wagenknecht (Süddeutsche Zeitung, 23.10.2020). Sowohl in der Partei DIE

LINKE als auch in der SPD werden seit Jahren vermehrt Stimmen laut, die vor einer Abwendung vom klassisch linken Wählermilieu der Arbeiter*innen und sozial Benachteiligten warnen. Kritische Stimmen drücken die Sorge aus, dass die soziale Frage als politischer Kern der Partei DIE LINKE gegenüber vermeintlich identitätspolitischen ›Nebenschauplätzen‹ in den Hintergrund rücken könnte.

Warnungen aus den Reihen der SPD wirken zuweilen anachronistisch und mit Blick auf die eigene Verantwortung in den Prekarisierungsprozessen nur wenig aufrichtig. Wie glaubwürdig sind Parteirechte wie der ehemalige Arbeitsminister Sigmar Gabriel, wenn sie die Entfernung der SPD von der Arbeiterschaft beklagen (Ismar 2020), während gleichzeitig der neoliberale Kahlschlag der »Agenda 2010« unter der Kanzlerschaft Gerhard Schröders mit Vehemenz verteidigt wird (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.1.2015)?

Die Idee einer Gesellschaft, in der alle erhalten, was sie durch Bildungsabschlüsse berechtigterweise erworben haben, ist eine Illusion. Das Fachwort der ›Meritokratie‹, das sich seit den 1990er Jahren zur Beschreibung eines solchen vermeintlich gerechten Verteilungsmechanismus eingebürgert hat, benannte anfangs eine satirisch zugespitzte Dystopie (Young 1958; hierauf bezugnehmend: Walter/Marg 2013). Denn gerade weil hier jede Position in der Gesellschaft als durch Bildungsabschlüsse ›gerecht‹ ausgewiesen wird, entsteht eine hochgradig starre und

immobile soziale Ordnung, aus der es kein Entrinnen gibt.

Gerade deswegen gilt es, Gemeinsamkeiten zwischen den Milieus, den Einkommens- und Bildungsniveaus zu suchen und mit ihnen zu arbeiten. Deshalb muss für die Partei DIE LINKE wie für die gesellschaftliche Linke insgesamt gelten: Der Gegensatz zwischen den »urbanen akademischen Schichten« und der Arbeiterklasse besteht nur dann, wenn man fälschlicherweise unterstellt, dass Erstere nicht unter den Härten des Arbeitsmarkts leiden würden. Das ist, wie wir gesehen haben, ein Trugschluss. Die beschriebene Entwicklung von Akademisierung und Prekarisierung zeigt deutlich, wie künstlich der konstruierte Gegensatz zwischen Akademiker*innen und Arbeiterklasse heute ist. Statt alten Spaltungslinien das Wort zu reden, muss die Linke ihrer Verantwortung für alle Lohnabhängigen gerecht werden. Es ist Aufgabe der Linken, Strategien zu entwickeln, um eine verbindende Klassenpolitik zu schaffen.

LITERATUR

Alt Vater, Elmar/Huiskens, Freerk (Hg.), 1971: Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors, Erlangen
Autorengruppe Berichterstattung (2020): Bildung in Deutschland 2020, [https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2020/pdf-dateien-2020/bildungsbericht-](https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2020/pdf-dateien-2020/bildungsbericht-2020-barrierefrei.pdf)

2020-barrierefrei.pdf

- Beck, Ulrich, 1986: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M.
BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2001: Grund- und Strukturdaten, Statistische Veröffentlichung der Kultusministerkonferenz, Sonderheft 97: Quantitative Entwicklung im Schul- und Hochschulbereich bis 2015
Bourdieu, Pierre, 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M.
Bude, Heinz, 1995: Das Altern einer Generation. Die Jahrgänge 1938–1948, Frankfurt a. M.
Bundesagentur für Arbeit, 2019: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt. Akademikerinnen und Akademiker, Nürnberg, https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/Generische-Publikationen/Broschuere-Akademiker.pdf?__blob=publicationFile&v=4
Bundesinstitut für Berufsbildung, 2019: Datenreport 2019. Indikatoren zur beruflichen Ausbildung. Ausbildung und Beschäftigung. Ergebnisse der BIBB/BAuA Erwerbstätigenbefragung, www.bibb.de/datenreport/de/2019/102316.php
Deutscher Gewerkschaftsbund, 2019: Niedriglohnssektor: Falle statt Sprungbrett, *klartext* 15/2019, 18.4.2019, www.dgb.de/themen/++co++8b578f56-6109-11e9-9fde-52540088cada
Dobrindt, Alexander, 2018: Für eine bürgerliche Wende, in: *Die Welt*, 4.1.2018.
Eckermann, Johann Peter, 2018: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens, Berlin: epubli, zuerst erschienen: Brockhaus, Leipzig 1836/Heinrichshofen, Magdeburg 1848
Eiden-Offe, Patrick, 2016: Die Poesie der Klasse. Romantischer Antikapitalismus und die Erfindung des Proletariats, Berlin
Euler, Ralf, 2006: Gesetzentwurf zu Studiengebühren im Landtag eingebracht, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.7.2006, www.faz.net/aktuell/rhein-main/region-und-hessen/landespolitik-gesetzentwurf-zu-studiengebuehren-im-landtag-eingebracht-1357211.html
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2015: Gabriel und Nahles loben Reformen der Agenda 2010, 5.1.2015, www.faz.net/aktuell/politik/gabriel-und-nahles-loben-reformen-der-agenda-2010-13353768.html
Gerhard-Sonnenberg, Gabriele, 1976: Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit (MASCH), Köln
Gohlke, Nicole/Butollo, Florian, 2012: Hochschule im

- Kapitalismus. Ursachen der neoliberalen Hochschulreform und Gegenstrategien, Supplement der Zeitschrift *Sozialismus* 5/2012
- Hochschulrektorenkonferenz, 2020: Statistische Daten zu Studienangeboten an Hochschulen in Deutschland. Studiengänge, Studierende, Absolventinnen und Absolventen. Wintersemester 2020/2021, Statistiken zur Hochschulpolitik 1/2020
- Iost, Oliver, 2021: Die Geschichte des BAföG von 1972 bis heute, <https://www.bafoeg-rechner.de/Hintergrund/geschichte.php>
- Ismar, Georg, 2020: Wie sich Linke und SPD von Arbeiter- zu Akademikerparteien wandeln, in: *Der Tagesspiegel*, 25.10.2020, www.tagesspiegel.de/politik/gendersternchen-und-lifestyle-fragen-wie-sich-linke-und-spd-von-arbeiter-zu-akademikerparteien-wandeln/26306850.html
- Jarusch, Konrad, 1984: *Deutsche Studenten 1800–1970*, Frankfurt a. M.
- Kugler, Franziska/Piopiunik, Marc/Wößmann, Ludger, 2017: *Bildung hat Zukunft. Bildungsstudie 2017*, Ifo Institut/Union Investment, Frankfurt a. M., www.ifo.de/publikationen/2017/monographie-autorenschaft/bildung-hat-zukunft-bildungsstudie-2017
- Lessenich, Stephan, 2008: *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld
- LuXemburg-Spezial 2017: *Neue Klassenpolitik*, <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik/>
- Lünendonk, 2020: *Zeitarbeitsunternehmen in Deutschland, Lünendonk-Studie 2020*, Lünendonk & Hossenfelder GmbH
- Marx, Karl, 1847: *Das Elend der Philosophie*, in: MEW 4, Berlin
- Medick, Veit/Nelles, Roland, 2013: Gabriel sagt Lobbyisten den Kampf an, in: *Spiegel Online*, 11.3.2013, www.spiegel.de/politik/deutschland/spd-chef-gabriel-kuendigt-im-interview-initiative-gegen-lobbyisten-an-a-887788.html
- Middendorff, E./Apolinarski, B./Poskowsky, J./Kandulla, M./Netz, N., 2013: *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2012. 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung*, Berlin: BMBF
- Middendorff, E./Apolinarski, B./Becker, K./Bornkessel, P./Brandt, T./Heißenberg, S./Poskowsky, J., 2017: *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. Zusammenfassung zur 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung*, Berlin: BMBF
- Möller, Christina/Gamper, Markus/Reuter, Julia/Blome, Freerk, 2020: *Vom Arbeiterkind zur Professur. Gesellschaftliche Relevanz, empirische Befunde und die Bedeutung biographischer Reflexionen*, in: Reuter, Julia/Gamper, Markus/Möller, Christina/Blome, Freerk (Hg.): *Vom Arbeiterkind zur Professur. Sozialer Aufstieg in der Wissenschaft. Autobiographische Notizen und soziobiographische Analysen*, Bielefeld
- Nachtwey, Oliver, 2016: *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin
- OECD, 2018: *Erfolgsfaktor Resilienz. Eine PISA-Sonderauswertung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Kooperation mit der Vodafone Stiftung Deutschland*, www.oecd.org/berlin/publikationen/VSD_OECD_Erfolgsfaktor%20Resilienz.pdf
- Olbrich, Josef (Hg.), 1982: *Arbeiterbildung nach dem Fall des Sozialengesetzes (1890–1914)*, Braunschweig
- Picht, Georg, 1964: *Die deutsche Bildungskatastrophe*, Olten/Freiburg i. Br.
- RLS – Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018 ff.: *Dossier »Über Klasse reden«*, www.rosalux.de/dossiers/ueber-klasse-reden
- Scheppe, Michael, 2020: *Studium, Ausbildung oder Meisterbrief – was bringt das meiste Geld?*, <https://www.handelsblatt.com/karriere/studium-zum-lebenseinkommen-studium-ausbildung-oder-meisterbrief-was-bringt-das-meiste-geld/25570610.html>
- Schwahn, Florian/Mai, Christoph-Martin/Braig, Michael, 2018: *Arbeitsmarkt im Wandel – Wirtschaftsstrukturen, Erwerbsformen und Digitalisierung*, in: *Statistisches Bundesamt WISTA 3*, Wiesbaden, www.destatis.de/DE/Methoden/WISTA-Wirtschaft-und-Statistik/2018/03/arbeitsmarkt-wandel-032018.pdf?__blob=publicationFile&v=5
- Statistisches Bundesamt, 2019: *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit (Inländer), Zeitreihe*, www.destatis.de/DE/Themen/Arbeit/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/Tabellen/liste-bevoelkerung-erwerbstaetigkeit.html

- Statistisches Bundesamt, 2020a: Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Gesamtbeschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/275637/umfrage/anteil-der-wirtschaftsbereiche-an-der-gesamtbeschaeftigung-in-deutschland>
- Statistisches Bundesamt, 2020b: Entwicklung der Studienanfängerquote in Deutschland von 2002 bis 2020, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/72005/umfrage/entwicklung-der-studienanfängerquote/#professional>
- Statistisches Bundesamt, 2020c: Zahl der Studierenden im Wintersemester 2020/2021 auf neuem Höchststand, Pressemitteilung 497 vom 11.12.2020, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/12/PD20_497_213.html;jsessionid=DEFE2F56AD4A814D5835CD88FF4EBBD5.internet8741
- Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V., 2017: Hochschul-Bildungs-Report 2020. Bericht 2017/18. Halbjahresbilanz 2010 bis 2015, Essen: Edition Stifterverband, www.stifterverband.org/medien/hochschul-bildungs-report-2020-bericht-2017
- Süddeutsche Zeitung, 2020: »Die linken Parteien haben ihre frühere Wählerschaft im Stich gelassen«, Interview mit Sahra Wagenknecht, 23.10.2020, www.sueddeutsche.de/politik/sahra-wagenknecht-linke-renten-1.5092048
- Vogel, Sabine, 2015: Jenseits der Prekarität. Materialien für politische Bildung und linke Politik, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Walter, Franz, 2018: Die SPD. Biographie einer Partei, Hamburg
- Walter, Franz/Marg, Stine, 2013: Meritokratie statt Sozialismus, in: Dies.: Von der Emanzipation zur Meritokratie. Betrachtungen zur 150-jährigen Geschichte von Arbeiterbewegung, Linksinтеллектуellen und sozialer Demokratie, Göttingen, 95–112
- Wunder, Dieter/Erdsiek-Rave, Ute, 2011: Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema, Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Geschichte Heft 88, <http://library.fes.de/pdf-files//historiker/07926.pdf>
- Young, Michael, 1958: The Rise of the Meritocracy, London
- Zacharakis, Zacharias, 2016: Ist Leiharbeit wirklich so schlecht?, in: Zeit Online, 15.9.2016, www.zeit.de/wirtschaft/2016-09/leiharbeit-zeitarbeit-gesetz-andrea-nahles/komplettansicht



[WWW.ZEITSCHRIFT-LUXEMBURG.DE](http://www.zeitschrift-luxemburg.de)

DIE AUTORIN

Nicole Gohlke ist Hochschul- und Wissenschaftspolitische Sprecherin der LINKEN im Bundestag.

IMPRESSUM

März 2021
LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
Online-Papier zu Bildungspolitik

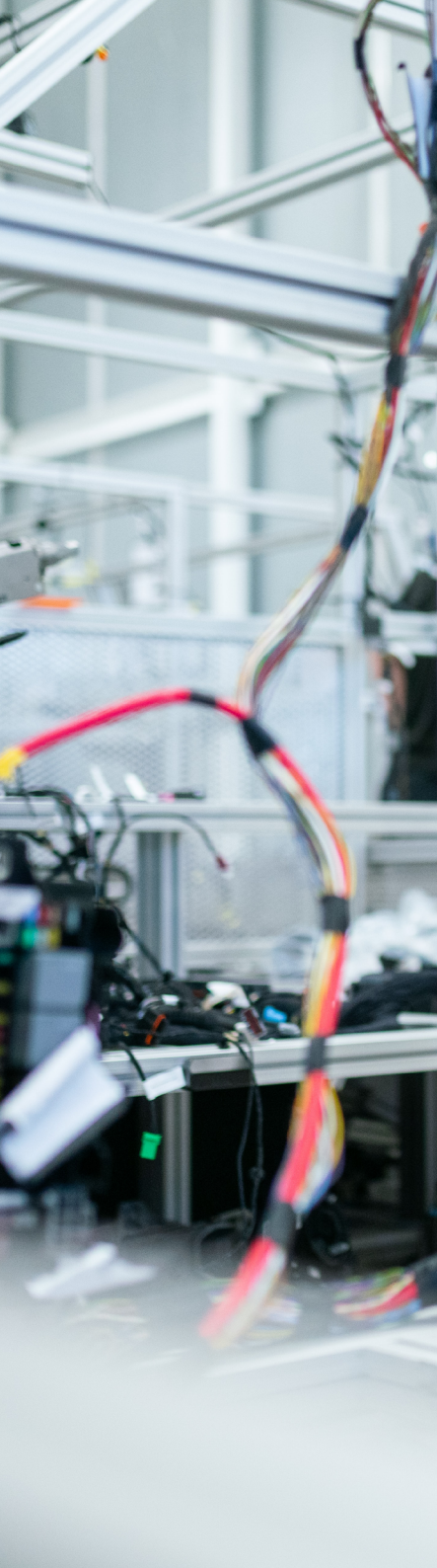
Herausgeber: Vorstand der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Leitende Redakteurin: Barbara Fried
barbara.fried@rosalux.org
Tel: +49 (0)30 443 10-404

Kontakt: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler
harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 443 10-157
Fax: +49 (0)30 443 10-184
www.zeitschrift-luxemburg.de

Follow us on Facebook:
www.facebook.com/zeitschriftluxemburg

Grafik und Satz:
Matthies Weber & Schnegg
www.matthies-weber-schnegg.com

Titelbild: ThisisEngineering RAEng © ⓘ



**DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**